

## **Hintergrundpapier - Rechtsextremismus bekämpfen: Was jetzt zu tun ist!**

**Wege zur effektiven Förderung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Ost- und Westdeutschland und Stärkung der demokratischen Kultur.**

**Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und muss entsprechend dauerhaft gefördert werden.**

**Daher brauchen wir:**

Im Interesse einer effektiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und politisch rechts und rassistisch motivierter Gewalt fordern die Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und die Modellprojekte in Ost- und Westdeutschland:

- Eine angemessene Ausstattung der Arbeit der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen in Ost- und Westdeutschland als Strukturprojekte. Dazu gehört dringend der Aufbau von unabhängigen, spezifischen Beratungsstrukturen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in den alten Bundesländern. Dafür sind pro Bundesland mindestens 500.000 € Bundesmittel notwendig, die durch Ko-Finanzierung der Länder entsprechend aufgestockt werden müssen.
- Die Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und die Modellprojekte in Ost und West brauchen Planungssicherheit und Stabilität über das Jahr 2013 hinaus.
- Die Modellansätze gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung müssen ausfinanziert und frühzeitig in den Ländern implementiert werden.
- Wir brauchen eine Stärkung und angemessene finanzielle Ausstattung der regionalen und lokalen Netzwerke, da sie die Garanten für nachhaltiges Arbeiten vor Ort sind.
- Dringend geboten ist eine Aussetzung der Programme gegen Linksextremismus und Islamismus, bis diese Programmlinie für das Jahr 2011 evaluiert ist, sowie die zeitnahe Veröffentlichung derzeitiger Evaluationsergebnisse.

Dazu benötigen wir:

- Eine Kontinuität in der Förderung der bewährten Beratungsstrukturen über einen Zeitraum über die derzeitigen 3-Jahres-Bundesprogramm-Fristen unter immer neuen Slogans und Programmlinien hinaus. Denn Demokratieentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe.
- Ein zweigleisiges Stiftungsmodell, das einerseits langfristig (10 Jahre) einen Kapitalstock bildet und ab 2012 parallel dafür sorgt, dass die Förderung der Beratungsstrukturen und bewährten Modellansätze Unabhängigkeit von wechselnden politischen Mehrheiten genießt und dabei die existierenden, fachlich qualifizierten zivilgesellschaftlichen Stiftungen im Feld einbindet.
- Die Beteiligung von Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen, Modellprojekten sowie regionalen und lokalen Netzwerken am Design und der inhaltlichen Ausrichtung künftiger Bundes- und Landesprogramme unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse vorangegangener Programme. Dringend bedarf es zudem einer Nachsteuerung in dem laufenden Bundesprogrammen „kompetent für Demokratie“ und „Vielfalt tut gut“ sowie eine bessere Einbindung der Länder.
- Die Abschaffung der Extremismusklausel auf der Basis vorliegender Gutachten.

Die dauerhafte Förderung von unabhängigen, bewährten Beratungsstrukturen, Modellprojekten sowie regionalen und lokalen Netzwerken ist ein dringend notwendiges Signal. Dass nämlich jenseits einer Debatte um ein NPD-Verbotsverfahren (dessen Ausgang ungewiss ist) und Reformen bei Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten (deren Ausgang noch ungewisser ist), endlich diejenigen Unterstützung erhalten, die vor Ort Tag für Tag im Visier von Neonazis sind – und mehr denn je auf kompetente, unabhängige Beratung und Hilfe durch zivilgesellschaftliche Projekte angewiesen sind.

**Zum Hintergrund:**

### **Zur Entstehung des Bundesengagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus**

Mit dem Programm „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Ländern“ wurden 2001 in den fünf neuen Bundesländern und Berlin mit den Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsstellen kompetente zivilgesellschaftliche Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus aufgebaut, die durch Modellprojekte und lokale Netzwerke ergänzt wurden. Die erfolgreiche und professionelle Arbeit der Beratungsstrukturen spiegelt sich u.a. in den wissenschaftlichen Evaluationen wider. In den vergangenen zehn Jahren ist hier eine einmalige zivilgesellschaftliche und fachliche Kompetenz entstanden, die eine Verlängerung des ursprünglich lediglich bis 2007 geplanten CIVITAS-Programms erwirken konnte und das neue Bundesprogramm „kompetent für Demokratie“ ab 2007 gegen das CDU-geführte Bundesfamilienministerium erkämpfen konnte.

Sechs schwierige Veränderungen brachten die neuen Bundesprogramme "kompetent für Demokratie" und „Vielfalt tut gut“ mit sich:

- Die fachliche und fiskalische Steuerung liegt nun weitestgehend bei den Ländern (Beratungsnetzwerke) und den Kommunen (Lokale Aktionspläne);
- Die Mittelvergabe wurde von 6 auf 16 Bundesländern erweitert, allerdings ohne die Finanzierung analog der bei CIVITAS-gemachten Erfahrungen auch in ausreichender Höhe zum Aufbau professioneller, unabhängiger und flächendeckender Beratungsstrukturen in den alten, bevölkerungsreicheren Bundesländern aufzustocken.
- Erklärte Priorität der aktuellen Programme ist nicht mehr die Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern von „Extremismus“ im Allgemeinen. Das hat – neben den wissenschaftlichen und politischen Fragwürdigkeiten dieses Begriffs - die politische Aussagekraft des Programms massiv eingeschränkt.
- Die Themen der Modellprojekte wurden durch die Leitlinien des Ministeriums vorgegeben und konnten nicht mehr auf die unterschiedlichen thematischen Bedarfe und Probleme vor Ort reagieren.
- Die breitflächige Aktivierung der Zivilgesellschaft ist nicht mehr gewollt. Vielmehr geht es um die staatliche Steuerung und Kontrolle zivilgesellschaftlichen Engagements gegen „Extremismus“.
- Die Beratung und die Perspektive von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt fanden keinen Eingang mehr in die Bundesprogramme, die Folge waren existenzielle Kürzungen für Opferberatungsstellen. Einige Beratungsprojekte – beispielsweise die Opferberatung AMAL in Sachsen - mussten daraufhin ihre Arbeit einstellen. In Thüringen existiert seit 2003 keine flächendeckende Opferberatungsstruktur mehr.

Die Ausweitung des Bundesprogramms „kompetent für Demokratie“ vom Osten auf die gesamte Bundesrepublik war ein wichtiger und richtiger Schritt. Allerdings fand diese Ausweitung um 10 Westländer und damit um mehr als 80 % der Bevölkerung Deutschlands,

mit keinerlei (!) zusätzlichen finanzieller Ressourcen im neuen „kompetent“ – Bundesprogramm statt.

So sollten ab 2007 jährlich 5 Mio. €, die unter CIVITAS für Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen im Osten zur Verfügung standen, für Ost und West reichen. Das BMFSFJ vertrat den Standpunkt, dass die Ko-Finanzierung aus den Ländern kommen sollte und zwang den neuen Bundesländern für die Strukturprojekte per Richtlinie eine 50% Mitfinanzierung auf.

Ähnlich verhält es sich mit der Förderung der Modellprojekte. Auch im ergänzenden Programm „Vielfalt tut gut“ wurde den Trägern eine einzuwerbende Mitfinanzierung von mindestens 50% aufgezwungen. Einzig die Kommunen werden mit den „Lokalen Aktionsplänen“ voll finanziert, dabei wurden etablierte Träger in den Begleitausschüssen bei der Vergabe der Mittel eingebunden.

### **Die Folgen**

Es ist dem Engagement einiger Ostbundesländer und Berlin zu verdanken, dass hier der größte Druck - allerdings mit erheblichen Einbußen in der Gestaltungsfreiheit - abgefangen wurde. Zusätzlich begann ab 2007 die Degression der Bundesmittel im Osten und ein proportionaler Aufwuchs im Westen, bis alle Länder 2010 unabhängig von Größe und Bedarfslage 250.000 € zur Verfügung hatten. Das bedeutete weitere erhebliche Einbußen für die Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen im Osten.

### **Erhebliche Finanzierungslücken bei den Beratungsstrukturen**

In Sachsen fehlen den Trägern der Opferberatung, der RAA Sachsen e.V., und der Mobilen Beratungsteams, dem Kulturbüro Sachsen e.V., seit 2007 jährlich 100.000 €. In Sachsen-Anhalt fehlen dem Träger der Opferberatung und Mobilen Beratungsteams, Miteinander e.V., 50.000 Euro für das Jahr 2012.

Die Finanzierungslücken bedeuten Personalabbau und Verlust von professionellen Beratungskräften mit hoher Kompetenz und entsprechenden Netzwerken.

### **Modellprojekte unter Dauerdruck**

Die Modellprojekte waren und sind unter dauerhaftem finanziellem Druck. Während der Umsetzungsphase mussten immer wieder Teile der Projekte reduziert werden oder entfallen mangels Ko-Finanzierung ganz entfallen. Das ist absurd, da eine Erprobungsphase Stabilität braucht und erst der erprobte Ansatz für Ko-Finanzierungen in den Ländern vorgeschlagen werden kann und nicht das Modell selbst. An dieser Hürde sind viele Ideen gescheitert. Modellprojekte ohne regionalen Bezug, die beispielsweise gegen Rechtsextremismus im Internet arbeiten, haben ohnehin kaum eine Chance auf Ko-Finanzierung durch ein Bundesland.

### **Strukturelle Mängel der aktuellen Bundesprogramme**

Die schwierige Finanzlage in den Ländern und der anhaltende Problemdruck, Neonazis, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit effektiv zu begegnen, werden beim BMFSFJ ignoriert. So stellt das BMFSFJ jährlich 5 Mio. Euro zur Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus zur Verfügung, die offenbar mangels Bedarf und Interesse nicht einmal vollständig abgerufen wurden.

Die Kurzsichtigkeit der Programmsteuerung im BMFSFJ wird nicht nur am standhaften Festhalten an der Extremismusklausel, sondern auch an der Unbedarftheit in der Steuerung von Programmen in hochkomplexen Themenfeldern der Beratungsarbeit der Mobilen

Beratungsteams und Opferberatungsstellen oder der Ansätze der Modellprojekte deutlich. War die Ausweitung der Programme auf Linksextrem- und andere '-ismen' ein Fehler, so wurde dieser noch verstärkt durch die fehlende Begleitung bei der Übertragung der Strukturprojekte in die alten Bundesländer. Auch dass seit 2007 die Strukturprojekte im Osten gemeinsam mit den neu zu entwickelnden Strukturen im Westen jetzt „Beratungsnetzwerke“ heißen, hilft den alten Bundesländern nicht bei der Implementierung. Die Bedingungen in den alten Bundesländern sind so gesetzt, dass die professionellen Arbeitsstandards der Beratungsstrukturen<sup>1</sup> nicht erreicht werden können (z.B. hauptamtliche Strukturen, Arbeit im Doppelteam aufgrund der Sicherheitslage und der notwendigen gemeinsamen Reflexion, aufgrund des Drucks, mit dem die Berater\_innen konfrontiert sind).

Diese Konstruktion der Beratungsnetzwerke sieht viele Bestandteile der Arbeit für Demokratie – gegen Rechtsextremismus gar nicht vor wie beispielsweise die Präventionsarbeit. In einigen alten Bundesländern wird beispielsweise die Anwesenheit der BeraterInnen und Ansprechbarkeit über Bürozeiten nicht vergütet. Nicht vorgesehen sind auch Anfragen, kurze Beratungsgespräche am Telefon – nicht Fall gebundene Beratungen, Fahrten oder Telefonate. Der gesamte Bereich des Monitoring – Beobachtung der Neonazi-Szene – Recherchen und Öffentlichkeitsarbeit findet ehrenamtlich statt.

Darüber hinaus sind es die Kontinuität und Langfristigkeit, die den Mobilien Beratungsteams in den alten Bundesländern, aber auch den Trägern im Osten fehlen. Hinzu kommt, dass auf die Etablierung einer flächendeckenden, unabhängigen Beratungsstruktur für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in den alten Bundesländern ganz verzichtet wurde.

Die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne wurde weitestgehend den Kommunen überlassen, die die Mittel zunehmend dazu nutzen, etablierte Träger der Jugendarbeit zu finanzieren, deren Angebote sonst als Regelaufgabe finanziert werden müssten. In vielen Fällen haben sich zivilgesellschaftliche Initiativen aus der Arbeit in den Begleitausschüssen zurückgezogen.

Knapp zwei Drittel der Bundesbürger sind laut Meinungsumfragen davon überzeugt, dass nur gemeinsames Handeln von Staat und Zivilgesellschaft Rechtsextremismus effektiv bekämpfen kann. Angesichts des massiven Versagens staatlicher Stellen bei der Bekämpfung des mörderischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ ist eine Ausdehnung der Förderung für bewährte zivilgesellschaftliche Strukturen nun dringend geboten.

## **Für die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung**

Grit Hanneforth, Geschäftsführung, Kulturbüro Sachsen e.V.

Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung

Bianca Klose, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V./Träger der MBR

Heike Kleffner, Mitglied im Beirat der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von Miteinander e.V.

Friedemann Bringt, Koordinator, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche gegen Rechtsextremismus

Dr. Christian Staffa, Geschäftsführer, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

---

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/AG\\_Qualitaetsstandards\\_kompetent.pdf](http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/AG_Qualitaetsstandards_kompetent.pdf)